

Die Bedeutung von Religion in der Demokratie

Wolfgang Thierse

Je moderner eine Gesellschaft, desto säkularer werde sie. Das war lange Zeit die – fast schon religiöse – Überzeugung in den westlichen Gesellschaften, jedenfalls unter deren linken »Aufgeklärten«. Säkularisierung (im Sinne des Verschwindens, wenigstens des Zurückdrängens von Religion) sei ein irreversibler Prozess. Dieser Glaube ist, wenn nicht widerlegt, so doch erschüttert: Religion ist am Beginn des 21. Jahrhunderts von überraschender, kräftiger und dabei gewiss sehr widersprüchlicher Vitalität. Religion ist Teil der Moderne. Der Religiöse ist offensichtlich nicht einfach unmoderner als der Areligiöse.

Diese unübersehbare Tatsache widerspricht durchaus der Erwartung von Säkularisten verschiedenster Spielart. Und sie gilt für unseren Globus insgesamt und auch für Deutschland, von dem wir fast täglich die Behauptung hören und lesen können, es sei ein säkulares Land geworden. Alle Zahlen – vom Zensus bis zum Religionsmonitor – zeigen etwas anderes: Je ca. 30 % Protestanten und Katholiken, ca. 5 % Muslime, ca. 5 % Angehörige anderer Religionsgemeinschaften, ca. 30 % Konfessionslose leben in Deutschland. (Die Ex-DDR, also Ostdeutschland war und ist neben Tschechien das religionsloseste Land auf dem Globus: der einzige durchschlagende »Erfolg« des SED-Regimes.) Zu den Ergebnissen des Religionsmonitors gehört auch: 85 % der Menschen meinen, man solle gegenüber allen Religionen offen sein. Zugleich sieht eine Mehrheit in der zunehmenden religiösen Vielfalt ein Potential für Konflikte. Und gerade in jüngster Zeit empfinden viele den Islam als Gefahr, mindestens als Quelle von Beunruhigung.

Solche Zahlen sind gewiss interpretationsbedürftig, aber lassen sich doch in dem Urteil zusammenfassen: *Wir leben nicht einfach in einer säkularen Gesellschaft, sondern in einer religiös und weltanschaulich pluralen Gesellschaft.* So wie auch Religionen (ebenso wie Agnostizismus und Atheismus) selbst individualistischer und also pluraler verstanden und gelebt werden. Es gibt nicht den einen, den religiösen oder areligiösen Deutungsrahmen sozialen und individuellen Lebens (mehr). Traditionen werden schwächer, Bindungen lockerer, Autoritäten haben weniger Wirkung. Eine Situation der Unsicherheit.

Genau dies aber, diese religiös-weltanschauliche Pluralität ist eine anstrengende Herausforderung für die Gesellschaft insgesamt, also für Religiöse wie Religionslose gleichermaßen. Toleranz ist gefragt, Respekt, Anerkennung, damit Pluralismus friedlich gelebt werden kann. Die aber sind wahrlich nicht selbstverständlich.

Man erinnere sich an die weltanschaulichen und religiösen Konflikte in den letzten Jahren: Streit um Moscheebauten, Streit um Kopftücher und Kruzifixe oder die Auseinandersetzung um Beschneidung. Und schauen wir über unsere Landesgrenzen hinaus, erscheint Religion (mindestens in Form des islamistischen Fundamentalismus) als geradezu gefährliche, demokratiefeindliche Kraft. Die Reaktionen auf die brutalen Morde in Paris im

Januar 2015 – ein Akt extremster Intoleranz – waren durchaus zwiespältig: Verteidigung von Meinungsfreiheit hier – Protest gegen Blasphemie anderswo.

Vor diesem Hintergrund will ich ein paar Bemerkungen machen über das Verhältnis von Religion und pluraler Gesellschaft, von Kirche und säkularem Staat, von Religion und Demokratie.

Die Bedeutung von Religion in der Demokratie

Erstens und ganz grundsätzlich: Die Bundesrepublik Deutschland ist geprägt durch ein besonderes Verhältnis von Staat und Kirche. Der Staat des Grundgesetzes ist weltanschaulich neutral, er verfißt selbst keine Weltanschauung, um so die Religionsfreiheit seiner Bürger zu ermöglichen. Man hat dieses Verhältnis von Staat und Kirche als ein Verhältnis der »respektvollen Nichtidentifikation« bezeichnet. Durch diese Zurückhaltung gibt der Staat ausdrücklich Raum für die starken Überzeugungen seiner Bürger, die die Zivilgesellschaft prägen und damit auch den Staat tragen. Er ist also *kein säkularistischer Staat, also auch kein Staat, der einen säkularen Humanismus vorzieht und fördert und Religion aus der Öffentlichkeit verdrängt*. Wie es etwa Laizisten wünschen und auch eine Mehrheit der veröffentlichten Meinung möchte: Die Religionen, die Kirchen sollen sich gefälligst zurückhalten. So etwa hat die Schriftstellerin Monika Maron an die Religionsgemeinschaften die Forderung gerichtet, »die Säkularität des Landes zu achten«. Mit Blick auf einen nach ihrer Ansicht integrationsunwilligen Islam formuliert sie: »Wenn die religiösen Ansprüche der Muslime mit dem Gleichheitsgebot des Grundgesetzes kollidieren, müsste man ... die Privilegien der christlichen Kirchen beschränken, um den Zugriff des Islam auf das öffentliche Leben von uns allen zu verhindern.« Eine paradoxe Argumentation: Die Angst vor dem Islam wird gegen alle (öffentliche) Religion gerichtet. Ich vermute, das ist eine verbreitete Stimmung.

Die grundgesetzlich garantierte Religionsfreiheit aber ist dagegen die Aufforderung an die Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften (also nicht nur an die christlichen Kirchen, sondern auch an andere) und ihre Mitglieder, aus dem Raum des Innerlichen, des bloß Privaten herauszutreten und den Gemeinsinn mitziformen, an der Gesellschaft mitzubauen, also öffentlich zu wirken und insofern »weltlich« zu werden. Mit anderen Worten: *Der moderne Staat ist säkular nicht dadurch, dass er Religionen ausschließt, sondern dadurch, dass er die Koexistenz einer Vielfalt religiöser wie areligiöser Überzeugungen ermöglicht*. Weil der Staat des Grundgesetzes nicht alles selbst erledigen kann und will, lädt er dazu ein, dass die Bürger aus ihrer jeweiligen Überzeugung heraus und nach gemeinsamen Regeln subsidiär zusammenwirken, über religiöse und kulturelle Unterschiede hinaus, gemeinsam das soziale und kulturelle politische Leben zu gestalten. Diese Einladung auszusprechen, sollte für Christen undenkbar sein, sie gilt ebenso auch für Juden, Muslime, Atheisten, Agnostiker.

Zweitens: Für den Zusammenhalt einer pluralistischen Demokratie, einer widersprüchlichen, vielfältigen Gesellschaft reicht offensichtlich nicht das allein aus, auf das ganz selbstverständlich zunächst hingewiesen werden kann und muss: Die gemeinsame Sprache, die Anerkennung von Recht und Gesetz, der vielgerühmte und gewiss notwendige Verfassungspatriotismus. Auch nicht die Beziehungen, die die Gesellschaftsmitglieder über den Markt und Arbeitsprozesse miteinander eingehen, nämlich als Arbeitskräfte oder Konsumenten. (Das sind die zwei Rollen, in denen der Markt uns Menschen überhaupt nur kennt.)

Auch das Beziehungsgeflecht, das wir über diese beiden Rollen erzeugen, reicht offensichtlich nicht aus, den Zusammenhalt einer so widersprüchlichen Gesellschaft zu garantieren.

Über all dies Selbstverständliche und Notwendige hinaus bedarf es, so meine ich, grundlegender Gemeinsamkeiten und Übereinstimmungen in dem, was wir Maßstäbe, Normen oder »Werte« nennen. Es bedarf tendenziell gemeinsamer Vorstellungen von der Freiheit und ihrer Kostbarkeit, vom Inhalt und Umfang von Gerechtigkeit, vom Wert und der Notwendigkeit von Solidarität, gemeinsamer oder wenigstens verwandter Vorstellungen von sinnvollem und gutem Leben, von der Würde jedes Menschen, von der Integrität der Person, von Respekt und Toleranz.

Dieses *nicht politische sondern ethische und kulturelle Fundament gelingender Demokratie* - das ist nicht ein für allemal da, sondern es ist gefährdet, ist umstritten, kann erodieren. Es muss immer wieder neu erarbeitet werden, es muss weitgegeben, vitalisiert, vorgelebt, erneuert werden. Das ist der Sinn des so oft zitierten Satzes des ehemaligen Verfassungsrichters Ernst-Wolfgang Böckenförde: »Der freiheitliche, säkulare Staat lebt von Voraussetzungen, die er nicht selbst garantieren kann.« Die Verantwortung für diese Voraussetzungen, für dieses ethische Fundament unseres Zusammenlebens tragen – über die Zuständigkeit des Bildungssystems hinaus – alle Bürger, insbesondere die kulturellen Kräfte einer Gesellschaft und darin eben auch und in besonderer Weise Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften und also auch und selbstverständlich gerade die christlichen Kirchen! Gewiss nicht sie allein in einer pluralistischen Gesellschaft, nicht die Christen und die religiösen Menschen allein und selbstverständlich nicht so, dass die Kirchen noch triumphalistisch daherkommen könnten. Sondern sie müssen sich in einer pluralistischen Gesellschaft als Dialogpartner verstehen, sich in die Debatte, ja auch in den Streit einbringen. Aber die Kirchen, ebenso wie die einzelnen Christen sollten dabei auch nicht leisetreterisch und nicht ängstlich sein.

Drittens: Die für alle Religion wesentliche Dimension der Nächstenliebe kann ja nur konsequent gelebt werden, wenn sie bis in die Sphäre des Politischen reicht und nicht davor halt macht. Vor diesem Hintergrund zu verlangen, dass Religion allein Privatsache sein dürfe und nicht mehr, sollten sich Christen – ebenso wenig wie Juden und Muslime – nicht gefallen lassen. Gewiss ist Religion insofern Privatsache, als sie selbstverständlich Sache der freien, persönlichen Entscheidung des Einzelnen ist. Aber zu verlangen, sie müsse auch im privaten, nichtöffentlichen Raum bleiben, sie dürfe keine öffentliche Existenz, keinen politischen Wirksamkeitsanspruch haben – das verlangte eine Verfälschung von – nicht nur christlicher – Religion.

Ich zitiere aus einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2009: »Die Religionsfreiheit beschränkt sich nicht auf die Funktion eines Abwehrrechts, sondern gebietet auch im positiven Sinn, Raum für die aktive Betätigung der Glaubensüberzeugung und die Verwirklichung der autonomen Persönlichkeit auf weltanschaulich-religiösem Gebiet zu sichern.« Tätiges Zeugnis, Caritas und Diakonie gehören zum Wesen der Kirche, der Religion. Sie sind aber notwendig mehr als individuelle und gewiss löbliche Mildtätigkeit. Sie sind eben auch Einmischung in den demokratischen Streit – nicht so sehr als parteipolitische Stellungnahme, sondern vielmehr als Widerspruch oder Zustimmung, wenn es um Grundfragen des Lebens, des Zusammenlebens geht.

Mögen auch viele Bürger den Kirchen nicht mehr immer folgen, deren moralische Unterweisungen für ihr persönliches Leben nicht mehr für so wichtig halten: Die Erwartung an die Kirchen, sich zu äußern, wenn es um Grundfragen des Lebens oder des Zusammenlebens geht, diese Erwartung ist – ausweislich vieler demoskopischer Untersuchungen – immer noch erheblich. Und sie sollten sich auch nicht irritieren lassen, dass für viele Menschen die Kirchen bestenfalls noch »Anstalten der stellvertretenden Moral« sind: »Die sollen vorleben, was mir fremd geworden ist.« (So hat es Matthias Drobinski in der Süddeutschen Zeitung formuliert.)

Die Kirchen, die Religionsgemeinschaften können sich dem Dienst an der Gesellschaft gar nicht entziehen, selbst wenn sie es wollten. Wie ein Blick in die soziale und politische Realität der Bundesrepublik zeigt, erfüllen sie diese Aufgabe auf vielfältige Weise. Unsere Gesellschaft (und der demokratische Staat) lebt vom Engagement seiner Bürger, lebt von deren Motivation, das eigene Interesse immer wieder neu auf das Gemeinwohl hin zu relativieren, zu übersteigen. Dabei spielen Angehörige von Religionsgemeinschaften eine besonders gewichtige Rolle. Sozialwissenschaftliche Studien belegen immer wieder, dass christliche Religion über Identitäts- und Statusgrenzen hinweg integrierend wirke und brückenbildendes Sozialkapital bilde, also eine bedeutende Quelle sozialer Integration sei. Religiösen Menschen kommt demnach auch in der ach so säkularisierten Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland eine gewichtige, für den Zusammenhalt unersetzliche Funktion zu.

Ich füge als Politiker hinzu, dass der säkulare, demokratische Staat sehr dumm wäre, wenn er auf dieses Potential verzichten würde. Selbstbewusst darf man sagen: Christen und Kirchen haben Gesellschaft und Staat der Bundesrepublik Deutschland mitgestaltet durch ihr politisches Engagement, ihre sozialen Leistungen, ihre Bildungsarbeit, ihre moralischen Interventionen.

Das Christentum ist ein prägender Teil Deutschlands. Und dieses Land ist bei allen Unzulänglichkeiten ganz gut damit gefahren. Es hat vom Engagement der Christen durchaus profitiert. Und es profitiert zunehmend auch vom Engagement der Juden wieder und der Muslime mehr und mehr. Der *weltanschaulich neutrale demokratische Staat bleibt auf Menschen angewiesen, die sich in Weltanschauungs- und Religionsfragen nicht neutral verhalten* – die sich aber ausdrücklich auf Fairness und Friedfertigkeit im Verhältnis zueinander verpflichten lassen!

Viertens: Wir leben also in einer pluralistischen Gesellschaft, das sagt sich ganz leicht. Sie ist aber keine Idylle, sondern eine Zumutung. Eine freie Gesellschaft ist keine gemütliche Gesellschaft. Denn mit Pluralismus ist gemeint: die konfliktreiche, strapaziöse Pluralität von Überzeugungen, Weltbildern, Wahrheitsansprüchen, Wertorientierungen, Lebensweisen, sozialen Lagen, kulturellen Prägungen. Wie lässt sich die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen, die kulturelle und religiös-weltanschauliche Vielfalt in unserer Gesellschaft ertragen, oder besser gesagt leben – ohne Ängste, ohne Ausgrenzungen, ohne Unterdrückung und Gewalt? Wie ist der Zusammenhalt einer in vieler Hinsicht widersprüchlichen Gesellschaft möglich und zu sichern? Eine immer wieder drängende Frage.

Ohne Toleranz ist dieser Zusammenhalt gewiss nicht zu haben. Und erst in solcher Gesellschaft ist Toleranz *geradezu existenziell* nötig. In einer weltanschaulich-homogenen Gemeinschaft braucht man sie ebenso wenig wie in einer totalitären Gesellschaft. Erst in einer Gesellschaft der Differenzen erweist sich Toleranz als notwendige und zugleich anstrengende Tugend, die aber nicht einfach immer schon da ist, sondern um die man sich sorgen, sich kümmern muss – auch und gerade, wenn Religions- und Meinungsfreiheit von Staats wegen, also verfassungsmäßig garantiert sind.

Erst nämlich, wenn aus der obrigkeitlichen Duldung Andersgläubiger ein Recht auf freie Religionsausübung geworden ist, das die Gläubigen wie die Ungläubigen einander als freie Bürger gegenseitig einräumen und anerkennen, erst dann kommt Toleranz zu sich. So formulierte es Jürgen Habermas in seinem Vortrag »Wann müssen wir tolerant sein?« in Berlin 2002: Toleranz sei dann gefordert, wenn markante religiös-weltanschauliche Differenzen zwischen Bürgern einer Gesellschaft aufbrächen und fortbeständen. Das aber ist unübersehbar – darin sind wir uns doch wohl einig – die gegenwärtige und zukünftige Situation in unserem Land, in Europa, auf unserem Globus. Religiöse Toleranz hat die Funktion, »die gesellschaftliche Destruktivität eines nicht-verhandelbaren, also unversöhnlich fortbestehenden Dissenses aufzufangen. Das soziale Band, welches Gläubige mit Andersgläubigen und Mitgliedern derselben säkularen Gesellschaft verbindet, soll nicht reißen.« (Jürgen Habermas)

Toleranz ist aber eine herbe, anstrengende Tugend, weil sie eben nicht laissez faire, Indolenz, Desinteresse, Gleichgültigkeit, Beliebigkeit meint. Bei der Toleranz als einer Tugend der praktischen Vernunft geht es um die schwierige Verbindung von eigenem Wahrheitsanspruch mit der Anerkennung des Wahrheitsanspruchs des Anderen. Toleranz ist eine unersetzliche Dimension von Gerechtigkeit – so wie ich als Sozialdemokrat sie verstehe, Gerechtigkeit nämlich als gleiche Freiheit. Tätige Toleranz ist also »dauernde Aufgabe«, ist Strukturprinzip eines lebhaften Pluralismus, der ja – wie erwähnt – weder national noch global eine Idylle ist, sondern voller Zumutungen und Konflikte. *Toleranz ist Zentrum einer gelebten Kultur der Anerkennung gleicher Lebens- und Freiheitsrechte.*

Die christlichen Kirchen haben seit der Reformation einen höchst mühevollen Erfahrungsprozess, eine bittere Lerngeschichte in Sachen Toleranz und Freiheit hinter sich. Ihr vorbehaltloses Ja zur Demokratie als der politischen Lebensform der Freiheit ist noch nicht so alt, es stammt aus dem 20. Jahrhundert. Sie haben inzwischen gelernt, auf politische Macht oder gar Gewalt zur Durchsetzung des eigenen Wahrheitsanspruchs zu verzichten, sich des Missbrauchs von Religion zur Begründung von Gewalt zu erwehren und ihm energisch zu widersprechen – ohne an Leidenschaft, an Überzeugungskraft zu verlieren und eine »lauwarme Religion« werden zu müssen. An diese Lerngeschichte zu erinnern und heute zu beweisen, dass und wie Toleranz und Freiheit praktisch gelebt werden können, ist Aufgabe der christlichen Kirchen und könnte auch ein Sinn des kommenden Reformationsjubiläums sein. Und genau das machte dieses Jubiläum dann wichtig – für die ganze Gesellschaft.

Fünftens: Wir Christen, Juden, Muslime (auch Agnostiker und Atheisten – aber bleiben wir bei den Religionen) sind Teil des Pluralismus – wir stehen nicht über ihm, haben keinen Ort außerhalb. Das ist für mich der Sinn des nun vielfach wiederholten Satzes: »Der Islam gehört zu Deutschland«. Er gehört genauso zu Deutschland wie – geschichtlich selbstverständlicher – das Christentum und das Judentum und die Aufklärungstraditionen.

Das heißt eben auch: Christen, Juden, Muslime sind aufgefordert, sich am Streit der Gesellschaft zu beteiligen: Sich zu beteiligen am Gespräch der Gesellschaft über sich, über die Fragen unseres Zusammenlebens, über den Zusammenhalt unserer Gesellschaft, über das Verbindende und Trennende, das Gemeinsame und Unterscheidende, über Herkunft und Zukunft, über das Bedrängende und das Mögliche, über Sinn und Zwecke, über das Eigene und das Fremde, über Krieg und Frieden, über Grundlagen und Orientierung menschlichen Lebens und sozialer Gemeinschaft.

Und wir, wenn ich mich einbeziehe, dann also die Christen, sollten das nicht überheblich tun, nicht von oben her, nicht vom höchsten moralischen Ross herab, nicht im Gestus des alleinigen Wahrheitsbesitzes. Nicht triumphalistisch argumentieren, sondern als Gleiche, aber auch als Gleichberechtigte – nur und eben in der Überzeugung, dass wir etwas zu sagen und zu bezeugen haben.

Was ich hier für die Christen formuliere, gilt auch für Juden und Muslime, ebenso für Agnostiker und Atheisten. Und es gilt für Einheimische wie für Eingewanderte. Wir sind in Deutschland mittendrin, das erst zu lernen! »Die deutsche Gesellschaft hat sich durch Migration stark verändert und immer mehr Menschen nehmen für sich in Anspruch, als Bürger dieses Landes diesen Wandel mitzugestalten« – so sagt es die Berliner Migrations- und Integrationsforscherin Naika Foroutan. Es gehe »um die fundamentale Aushandlung von Rechten, von Zugehörigkeit, von Teilhabe und von Positionen. Das ist das neue Deutschland. Es handelt sich und seine (nationale) Identität gerade postmigrantisch neu aus.«

Dieser Prozess, der sich durch die gegenwärtige massenhafte Zuwanderung verschärfen wird, ist offensichtlich eine ziemliche Herausforderung, erzeugt Misstöne und Ressentiments und macht vielen (Einheimischen) Angst. Pegida ist dafür ein Symptom. Eine gewichtige Rolle spielt dabei, was ich Entheimatungsängste nenne: Vertrautes, Selbstverständliches, kulturelle Traditionen und soziale Gewohnheiten werden unsicher, gehen verloren, Identität wird infrage gestellt. Eine diffuse Abwehr von Religion greift um sich: »Islamisierung des Abendlandes« heißt die »Gefahr« auf der Straße, wobei Pegida-Anhänger meist konfessionslos sind. Von den monotheistischen Religionen als gewaltfördernd, als »Brandstifter und Brandbeschleuniger« ist in den Feuilletons die Rede. Ohne die Religionen wäre die Welt friedlicher, ist ein geläufiger Glaubenssatz unter den intellektuellen Eliten, die dabei Hitler, Stalin, Mao, Pol Pot vergessen und Religion generell in eins setzen mit deren politischer Ideologisierung oder mit deren fundamentalistischen Varianten.

Die Frage nach der Gefährlichkeit von Religion, nach ihrem Gewaltpotential ist fraglos ernst zu nehmen – auch wenn sie gegenwärtig Judentum und Christentum nicht unmittelbar betrifft, weil zumal das Christentum eine (lange und widersprüchliche) Geschichte der Mäßigung, der Trennung von Kirche und Staat, der Unterschei-

dung von Religion und Politik, des Erwerbs von Toleranzfähigkeit hinter sich hat. Aber wie geht das: Angesichts der allabendlichen Fernsehnachrichten über unter Berufung auf den Islam begangene Gewalttaten die Unterscheidung von Islam und Gewalt festzuhalten, sie immer neu zu betonen – ohne einen sippenhaftartigen Bekenntniszwang gegenüber den deutschen Muslimen auszuüben und ohne die frustrierende ständige Distanzierungsaufforderung an unsere muslimischen Nachbarn?

Andererseits: Die ständige Wiederholung der beschwörenden Abwehrformel: »Dieser Terror hat nichts mit dem Islam zu tun« – sie hat, fürchte ich, gegenteilige Wirkung bei vielen, denn – das ist ja Teil der täglichen Nachrichten – die Terroristen sind nun mal Muslime bzw. und genauer: sie behaupten, es zu sein und berufen sich unüberhörbar und unübersehbar auf den Koran.

»Es gibt eine friedliebende Deutung des Korans, aber auch eine gewalttätige«, sagt der islamische Theologe Mouhanad Khorchide. Der Berliner Muslim Ahmad Mansour hat kürzlich in einem Spiegel-Essay geschrieben: »Wenn Kanzlerin Angela Merkel jetzt sagt: ‚Der Islam gehört zu Deutschland‘, dann möchte ich sie fragen: welcher Islam? Muslime gehören zu Deutschland, zweifellos. Aber mein Islam ist ein anderer als der Islam der Hassprediger, ein Islam, der nicht in eine Demokratie gehört.«

Wenn wir also ja zum Islam als einem Teil Deutschlands sagen, dann erlaubt und verlangt dieses Ja auch Fragen nach einer Reform des Islams, nach seiner Vielfalt, seiner inneren Differenzierung, seiner Theologie, nach den Unterschieden zwischen einem europäischen (deutschen?) Islam und dem Islam etwa in Saudi-Arabien oder anderen islamisch bestimmten Staaten ohne Religionsfreiheit.

Die Überwindung von Ängsten und Vorurteilen gegenüber dem Islam hierzulande ist gewiss eine gemeinsame Aufgabe der Religionsgemeinschaften und der demokratischen Gesellschaft. Sie ist es auch für Atheisten und Agnostiker, wenn diese denn gegenüber den Muslimen, nicht nur ein Verhältnis gnädiger, herablassender Duldung, sondern wirklichen Respekts einnehmen wollen. Es ist aber ganz wesentlich auch eine Aufgabe der muslimischen Gemeinschaften und ihrer Imame und Sprecher und ihrer Offenheit und Gesprächsbereitschaft. Wir haben noch viel Verständigungsarbeit vor uns. Damit Toleranz als Respekt gelebt wird.

Sechstens: Braucht Religion ihrerseits Demokratie? Die Antwort darauf heißt nein und ja. Von Religionsgemeinschaften absolut gleiche Strukturen, Mechanismen, Handlungsformen zu verlangen, wie sie die politische Demokratie charakterisieren, wäre unangemessen, wäre wohl auch illusionär. Und das ist offensichtlich auch nicht notwendig, damit Religion in Demokratie passt, ja Demokratie tragen kann, wie wir in Europa und auf andere Weise in den USA sehen können. Übrigens: Auch Wissenschaft, Kunst, Wirtschaft passen in Demokratie, obwohl sie doch wirklich nicht gänzlich demokratisch strukturiert sind. (Über Wahrheit, Schönheit, Effektivität wird halt nicht per demokratischer Abstimmung entschieden!) Aber um ihre »Passfähigkeit« zur modernen Welt, zur demokratischen, pluralistischen Gesellschaft zu befördern, praktizieren die Kirchen und Religionsgemeinschaften durchaus – und mit großem Gewinn – innere Demokratiestrukturen: Kirchenvorstände, Gemeinderäte, Synoden, Konzilien, Konklave, alles einigermaßen demokratische Angelegenheiten.

Monolithische Blöcke können die Kirchen in der individualistischen, pluralistischen Welt der Moderne ohnehin nicht mehr sein. Diesen Umstand kann man sogar bejahen, wie selbst meine so streng wirkende katholische Kirche zeigt: Die Kirche solle sich selbst zum Dialog machen, hat ein Papst, nämlich Paul VI., schon vor Jahrzehnten gefordert. Ich glaube, dass wir in der Katholischen Kirche weitere Veränderungen der inneren Strukturen in Richtung auf eine nach innen wie nach außen dialogische Kirche brauchen.

Öffnung, Offenheit, Erfahrungs- und Gesprächsbereitschaft, Weltzugewandtheit – das alles ist übrigens auch ein wichtiger Schutz gegen die inneren Gefährdungen von Religion, die es ja auch gibt: Radikalisierung, Sektierertum, Fundamentalismus, Missbrauch von Religion zur Begründung von Gewalt. Da hilft nicht nur fromm sein, sondern Offenheit und Gesprächsbereitschaft, Weltverbundenheit, innere Strukturen des Dialogs und des Gesprächs.

Religion braucht Demokratie aber in einem noch anderen, fundamentalen Sinn: Sie braucht nämlich Freiheit (deren politische Gestalt die Demokratie ist) zu ihrer Entfaltung. Die Diktaturerfahrungen von Vergangenheit und Gegenwart sind eindeutig. Religionsfreiheit ist ein genuines, fundamentales Freiheitsrecht. Ihre Geltung und also die Praxis von Religionsfreiheit ist ein entscheidendes Kriterium für Freiheit schlechthin (mehr noch als Gewerbefreiheit, das andere Konstitutivum der bürgerlichen Gesellschaft).

Der Einsatz für die Verteidigung und Verwirklichung von Religionsfreiheit, die in vielen Ländern der Welt bedroht oder gar nicht existent ist, stellt deshalb nicht eine Art von christlichem Egoismus dar, wie manche meinen. Er ist Einsatz auch und vor allem für die Freiheit der anderen. Das gilt ebenso für unser Land: Das Zurechtstutzen von Religion auf eine reine Privatsache wäre eine Beschneidung von Religionsfreiheit. Dagegen sich zu wehren, also auf dem Öffentlichkeitsanspruch von Religion zu bestehen, ist eine gemeinsame Aufgabe aller Religionsgemeinschaften und entspricht unserer Verfassung, die schließlich für alle gleichermaßen gültig ist.

Anmerkungen

Dieser Beitrag wurde zuerst veröffentlicht in: Religion, Demokratie, Vielfalt. Arbeitspapier Religion und Politik 3, 2015. Herausgegeben von Dr. Dieter Molthagen, Friedrich-Ebert-Stiftung – Forum Berlin. ISBN 978-3-95861-336-2 <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/12074-20151208.pdf>

Autor

Dr. h. c. Wolfgang Thierse war von 1998 bis 2005 Präsident und von 2005 bis 2013 Vizepräsident des Deutschen Bundestags, dem er seit 1990 angehörte. Von 1990 bis 2005 war er stellvertretender Vorsitzender der SPD und in dieser Zeit auch Vorsitzender der Grundwertekommission der SPD. Neben weiteren Ämtern ist er Sprecher des Arbeitskreises Christ_innen in der SPD und Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken.

Kontakt

Dr. h.c. Wolfgang Thierse

Bundestagspräsident a. D.

11011 Berlin

E-Mail: wolfgang.thierse@bundestag.de

www.thierse.de

Redaktion

Stiftung Mitarbeit

Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft

Eva-Maria Antz, Ulrich Rüttgers

Ellerstr. 67

53119 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de